

2018-10-23

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt  
am 21.03.2018

**Sitzungsbeginn:** 15:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 15:45 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

### **Fraktion der CDU**

Adamek, Eiko entschuldigt

### **Freie Fraktion Dessau-Roßlau**

Hernig, Andreas entschuldigt

### **Fraktion der SPD**

Tschammer, Hans entschuldigt

### **Fraktion Pro Dessau-Roßlau**

Otto, Hans-Georg entschuldigt

### **Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**

Busch, Thomas entschuldigt

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Es waren 6 von 9 Ausschussmitgliedern anwesend.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum,/Die Grünen**, erkundigte sich, warum die Beschlussvorlage nichtöffentlich beraten würde. Dies begründete **Herr Schönemann** mit dem Schutz des Investors, da es sich um eigentumsrechtliche Fragen handelt.

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt** begründete dies weiterhin damit, dass es sich hierbei nicht um einen öffentlichen Bebauungsplan der Stadt handle, sondern um einen privaten B-Plan eines einzelnen Investors, weshalb Vertrauensschutz bestünde.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, gab zu bedenken, dass sich möglicherweise Bürger aus Kochstedt in der Einwohnerfragestunde der sich anschließenden Stadtratssitzung zu diesem Vorgang erkundigen würden. Hierzu gab **Frau Schlonski** an, dass man diesen die Auskunft erteilen werde, dass das Verfahren laufe und es derzeit keine neuen Informationen gebe. Weitere Auskünfte würden nicht an die Öffentlichkeit gelangen, da es sich um ein verwaltungsinternes Verfahren handle.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, machte deutlich, dass Bürgeranfragen zu diesem Thema ausgeschlossen seien, da es da es in nicht öffentlicher Beratung stattfindet. Dies wurde von den Ausschussmitgliedern diskutiert, so dass **Frau Schlonski** anbot, den Vorsitzenden des Stadtrats Herrn Ehm über die Problematik zu informieren, damit dieser entsprechend auf Bürgeranfragen im Stadtrat reagieren könne.

Weitere Rückfragen gab es nicht. Die Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann** zur Abstimmung gestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**6 : 0 : 0**

Die Tagesordnung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

### **3 Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Anfragen.

### **4 Öffentliche Anfragen und Informationen**

Bezugnehmend auf den Auftrag Herrn Ottos aus der letzten Ausschusssitzung, zu prüfen, ob das Achteck in den Haushaltsplan aufgenommen werden könne, gab **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, an, dass die dafür notwendige Summe nicht formell in den Haushalt aufgenommen werde. Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, hätte jedoch zugesagt, die Mittel bereitzustellen. Demnach würden zunächst 13.000 EUR für die Planung, ggf. auch für die Ausschreibung bereitgestellt. Zudem werde es eine Verpflichtungsermächtigung für das nächste Jahr geben. Zwischenzeitlich werde die Straßenausbaubeitragssatzung geprüft, ob und in welcher Höhe Beiträge erhoben werden könnten, so dass im nächsten Jahr gebaut werden könne.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** erkundigte sich nach dem Wertvolumen. Hierzu gab **Herr Pfefferkorn** 115.000 EUR Gesamtkosten an.

**Herr Schönemann** bestätigte die Notwendigkeit der Baumaßnahme. Es müsse unbedingt eine Versorgungs- und Rettungssicherheit hergestellt werden. Diese sei derzeit aufgrund des Straßenbelags und der Verkehrsführung nur eingeschränkt gegeben. Auf Grund des hohen Interesses bat **Herr Schönemann** darum, das Thema auf die regelmäßige Kontrollliste des Ausschusses zu setzen.

**Herr Pfefferkorn** gab an, dass im Ausschuss für Finanzen rege über das Pflaster auf dem Bahnhofsvorplatz diskutiert worden sei. Er erläuterte die Eigenschaften des in der Ausschreibung vorgesehenen Pflasters näher. Sollten die Stadträte sich doch für eine andere Variante entscheiden, müsste dies mit dem Baubetrieb besprochen werden, welcher den Auftrag erhalte.

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, erläuterte an dieser Stelle die Entscheidung für das kleinere und ebenerdigeres Pflaster. Zum einen hatte der Gestaltungsbeirat sich dafür ausgesprochen, dass der Bahnhofsvorplatz sich in der Gestaltung deutlich vom rückseitigen Ausgang Richtung Bauhaus abheben solle. Des Weiteren könnten breitere Fugen zwischen den Pflastersteinen zu Stolperfallen führen. Weiterhin sei das Material sehr rutschfest, wohingegen die gewünschten großen Platten eine glatte Oberfläche hätten, welche bei Feuchtigkeit schnell rutschig würde.

**Herr Gebhardt, Fraktion der CDU**, verwies auf die Gefahr, dass kleine Pflastersteine bei Demonstrationen als Wurfgeschosse missbraucht werden könnten. Hierauf argumentierte **Herr Schönemann** mit der neuartigen Fugenmasse, welche zu einem festen Verbund führe, so dass die Steine nicht herausgelöst werden könnten.

**Herr Pfefferkorn** bot an, mit dem Baubetrieb über eine alternative Variante zu sprechen. Dies begrüßte **Herr Schönemann**. **Frau Schlonski** wies auf eventuelle Mehrkosten hin.

**Herr Kolze, Fraktion der CDU**, erkundigte sich nach neuen Informationen zum Handy-Parken. **Herr Pfefferkorn** gab hierzu an, dass Servicepauschale und Transaktionskosten künftig von der Stadt übernommen würden. Recherchen und Rücksprachen mit anderen Städten hätten jedoch gezeigt, dass diese Variante veraltet sei. So gebe es eine Plattform, auf der sich alle lizenzierten Anbieter eintragen und von welcher die Nutzer auswählen könnten. Wenn die noch offenen rechtlichen Fragen hierzu geklärt seien, könne der Beschluss am 18.04.2018 in den Stadtrat eingebracht werden, so **Herr Pfefferkorn**. Das Handy-Parken könne dann zum 31.05.2018 eingeführt werden. Für den Fall, dass wie in anderen Städten ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt werden solle, würde die Einführung zum 30.06.2018 erfolgen.

**Herr Kolze** erkundigte sich, welche Plattform verwendet würde. Nach seiner Aussage würden Magdeburg und andere große Städte TraviePay verwenden. **Herr Dämmrich, Tiefbauamt**, gab an, dass es sich um die Plattform Smartparking handele. Diese sei transparent und umfasse derzeit sechs bis sieben Anbieter. Das Zahlen mit Bargeld werde allerdings nicht verschwinden, sondern parallel weiter laufen.

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18.00 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 23.10.18

---

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt    Schriftführer